

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags,  
Bezugspreis monatlich Mk. 7,00, vierteljährlich 21,00  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 22,50 einschließlich Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren  
Raum 75 Pfg., auswärts 85 Pfg., Reklamezeilen  
2,50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 285

Februar 179

Wildbad, Montag den 5. Dezember 1921

Februar 179

55 Jahrgang

### Tagespiegel.

Das Reich ist gegenwärtig, d. h. seit 1. Dezember, mit einer Zahlungsverpflichtung von 91 Millionen Goldmark rückständig geworden, die sich aus Verpflichtungen aus dem Ausgleichsverfahren (Gegenrechnung von Ausfuhr und Einfuhr), sowie aus der 25proz. Abgabe vom Ausfuhrzoll zusammensetzt. Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium verhandelt gegenwärtig in Paris über die Erledigung dieser Verpflichtung.

Die Zahl der Arbeitslosen in England hat sich in der letzten Woche erhöht. Sie beträgt jetzt 1.832.400.

Nach einer Meldung aus Melbourne ist im australischen Abgeordnetenhaus eine Tagesordnung eingebracht worden, in der die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Deutschland und Oesterreich vorgeschlagen wird. Die Regierung beabsichtigt, einen Gesetzentwurf in diesem Sinn einzubringen.

### Die französischen „Aufschub-Bedingungen“.

Es war voranzufahren, daß Frankreich die Schlichter, in die Deutschland durch die Unmöglichkeit, die nächsten Minimumverpflichtungen zu entrichten, zu weiteren Entschuldigungen gegen Deutschland benützen werde, als ob es deren nach dem Friedensvertrag, dem Abkommen von Spa, dem Londoner Ultimatum und dem Wiesbadener Abkommen nicht schon mehr als genug wären. In London war man in letzter Zeit geneigt, Deutschland eine Frist von 2-3 Jahren für die Barzahlungen zu geben, ein „Moratorium“, wie man sagt. Für die „Schlichter“ wie sie z. B. durch das Wiesbadener Abkommen zugunsten Frankreichs vorgeschrieben sind und wie sie wegen der deutschen Zahlungsunfähigkeit nun auch, wie es scheint, von England und Belgien verlangt werden, kam die Frist zunächst nicht in Frage. Artikel 234 des Friedensvertrags nimmt schon die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit an, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht gütlich erfüllen könne; es ist dort von Zahlungsaufschub die Rede, der unter Umständen dem Schuldner von der Wiederherstellungskommission jeweils gewährt werden könne. Dieser Zahlungsaufschub, so meint man jetzt in Frankreich, sei aber keineswegs gleichbedeutend mit einem „Moratorium“, das bei dauernder Zahlungsunfähigkeit häufig mit einer Verminderung des Schuldensatzes durch die Gläubiger verbunden ist, wenn ein Konkurs vermieden werden soll. Ein gemeinsamer Schritt der Verbündeten von sich aus sei unnötig, es sei vielmehr Sache Deutschlands, um die Vergünstigung nachzusuchen, was bisher nicht geschehen sei. In England ist man in diesem Punkt allerdings anderer Meinung, weil man dort wenigstens die schwerste Not Deutschlands möglichst bald beheben sehen möchte, um mit ihm wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Fast zwei Millionen Arbeitslose und das Darunterliegen der wichtigsten Industrien Englands sind eine ernste Gefahr zumal in jetziger Jahreszeit.

Für Frankreich, das zu seinem allerdings mehr als lässig betriebenen Wiederaufbau sogar noch Tausende vor ausländischen Arbeitern braucht, kommen derartige Sorgen wenig in Frage. Es kann sich zwar die Unvermeidlichkeit eines Entgegenkommens bezüglich der deutschen Zahlungen nicht verschließen, umso weniger als die übrigen Verbündeten in der Sache wohl auf Englands Seite stehen dürften. Im Grunde kann ihm die Angelgenheit nur willkommen sein, denn sie bringt eine prächtige Gelegenheit, Deutschland neue Fesseln anzulegen und die denkbar günstigsten Voraussetzungen für weitere „Sanktionen“ und politische Zwangsmittel zu schaffen. So veröffentlicht der Pariser „Temps“ offenbar halbamtlich folgende Bedingungen, unter denen Frankreich sich bereit finden ließe, einem Zahlungsaufschub zuzustimmen:

1. Deutschland kann ein Zahlungsaufschub nur dann gewährt werden, wenn es ihn selbst beantragt und die erforderlichen Unterlagen zur Begründung seines Antrags liefert. Denn wenn die deutsche Regierung von dem ihr nach Artikel 234 zustehenden Recht keinen Gebrauch macht, so hätten die Verbündeten sicherlich keine Veranlassung, irgendwelche Schritte in dieser Richtung zu unternehmen.

2. Der bewilligte Aufschub darf in keiner Weise zu einer Verringerung des Gegenwartswerts der deutschen Schulden führen, d. h. die Stundung der nächsten Zahlungen bedingt eine entsprechende Erhöhung der folgenden.

3. Der Aufschub darf sich nur auf die Barzahlungen beziehen. Das Wiesbadener Abkommen darf davon ebenso wenig berührt werden, wie das Recht der anderen Gläubigerstaaten, mit Deutschland ähnliche Verträge abzuschließen. Wenn dann die Sachleistungen in dieser Zeit den Anteil von 52 Prozent, auf den Frankreich Anspruch hat, übersteigen, so dürfte Frankreich daraus keinerlei Verpflichtung erwachsen, etwa den überschüssigen Betrag in bar an die anderen Verbündeten abzuführen.

4. Zwischen Deutschland und den Verbündeten muß ein Zusatzabkommen geschlossen werden des Inhalts, daß für alle künftigen Entschuldigungen der Wiederherstellungskommission aus Artikel 234 Einstimmigkeit erforderlich ist.

5. Der Zahlungsaufschub kann nur gewährt werden, wenn Deutschland dagegen gewisse Verpflichtungen übernimmt. Diese Verpflichtungen sollen drei Teile sein: a) Die Papiergeldumlauf der Reichsbank, die volle Selbstverwaltung erhalten soll, wird von einem verbündeten oder neutralen Kommissar kontrolliert, der die Ausgabe hat, den Papiergeldumlauf zu vermindern. b) Die Haushaltsausgaben des Reichs sollen nach oben begrenzt werden mit der Verpflichtung, künftige alle Ausgaben zu vermeiden, die den Charakter von „Subventionen“ haben oder privatem Vorteil dienen. c) Für die Einnahmen des Reichs wird jährlich ein Mindestbetrag festgesetzt mit der Verpflichtung, gewisse Steuern, Abgaben und Gebühren, insbesondere für die Einkommen und die Post, zu erhöhen oder neu einzuführen. Die Ueberwachung des Garantiekommitees, die bisher an die Spitze und die Ausfuhr beschränkt war, soll auf andere Einnahmen des Reichs ausgedehnt werden. Zu gleicher Zeit mit dem Zahlungsaufschub muß Deutschland eine Anleihe gewährt werden, deren Ergebnis zu einem Teil an Stelle der gestundeten Zahlungen zu treten hätte.

Nach in London stand es von Anfang an fest, daß der Zahlungsaufschub mit gewissen Bedingungen verknüpft sein müsse und daß ein Schuldnachlaß nicht in Betracht kommen könne. Die französischen Bedingungen scheinen aber den Engländern doch zu weit zu gehen, nicht deshalb, weil die selbständige Finanzverwaltung und die Steuerhoheit des Deutschen Reichs damit verschwinden würden — die englischen Vorschläge, soweit sie bekannt wurden, ließen ja ungenügend auf das gleiche hinaus —, sondern weil in dem französischen Verfahren Frankreich doch wieder den Rahm für sich abschöpfen würde. Aus London wird nun berichtet, die englische Regierung habe den Gedanken eines Zahlungsaufschubs fallen lassen. Sie habe einen Vorschlag ausgearbeitet, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands durch eine große Anleihe aufrechtzuerhalten. Der Plan werde aber nicht bekannt gegeben, ehe man nicht wisse, wie Frankreich sich dazu stellt. Der Anleiheplan ist, sofern von deutscher Seite die nötige Bürgschaft für die Anleihe durch die Kredithilfe der Industrie usw. ausgedacht werden kann, für England vorteilhafter, weil nach dem Brüsseler Finanzabkommen an den Januar- und Februarzahlungen nur Belgien und England Anteil haben, während Frankreich auch von dieser zweiten Leistung noch nichts erhalten wird.

Die Wiederherstellungskommission hatte bei ihrem Aufenthalt in Berlin verlangt, daß die deutsche Reichsregierung sie spätestens bis 1. Dezember von den Maßregeln zur Beschaffung der Mittel für die Januar- und Februarzahlungen und von dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Industrie über deren Kredithilfe in Kenntnis setze. Die Mitteilung hat die Reichsregierung bis jetzt unterlassen, wahrscheinlich weil sie erst abwarten wollte, was bei den Verhandlungen der Herren Stinnes und Rathenau in London herauskommt. Die Kommission hat nun, wie der Pariser „Temps“ meldet, durch einen Eilboten eine sehr scharf gehaltene Note nach Berlin geschickt, die nicht nur an die beiden nächsten Zahlungen erinnert, sondern auch die allgemeine Lage in Deutschland und die Finanzpolitik des Reichs einer Kritik unterzieht. In diesem Zusammenhang mag daran erinnert werden, daß es hier, die Wiederherstellungskommission habe von der Reichsregierung verlangt, den Ertrag einer sofort einzuführenden Sachwertsteuer den

Verbandsmächten zur Verfügung zu stellen. Die Reichsregierung wird auf die schweren Folgen aufmerksam gemacht, die eine Verzögerung der Zahlungen nach sich ziehen würde.

### Die Stundungsfrage.

Paris, 5. Dez. Der „Temps“ erzählt aus London, die Stundungsfrage dürfte noch nicht so bald entschieden werden können, weil Lloyd George die Haltung der englischen Regierung erst in Washington festlegen möchte. Die Abreise Lloyd Georges nach Washington soll auf Mitte Dezember festgesetzt worden sein. Eine Entscheidung in der Entschuldigungsfrage auf der Washingtoner Konferenz sei vor Ende dieses Jahres kaum zu erwarten.

Brian äußerte sich Vertretern der ausländischen Presse gegenüber, den englischen Vorschlag einer neuen Konferenz über die Orientfrage (türkisch-griechischer Krieg) könne er nicht annehmen, dagegen stimme er einer neuen Konferenz über die Entschuldigungs- und Stundungsfrage zu. Aber damit habe es keine Eile.

### Parlament der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 2. Dez. Zweiter Tag. In den heute von Frau Basser mann-Mannheim geleiteten Verhandlungen wurden nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Kempters Satzungsänderungen über den Parteivorstand angenommen und der Geschäftsbericht gutgeheißen wonach die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder sich um 83.886 erhöht hat.

Reichstagsabg. Dr. Hugo sprach über die Reichsfinanzen und die Steuerreform. Neben dem Krieg habe die Revolution mit ihren Nachwirkungen, der beschränkten Verschleuderungswirtschaft und ferner die Kriegsentwöhnung allen unsere Wirtschaftsverhältnisse zermürbt. Der Misserfolg könne nur durch Stilllegung der Nozentrassen ein Ende gemacht werden. Durch Steuern sind die Kriegsentwöhnungen nicht aufzubringen. Ohne Ermäßigung der Kontributionen gibt es keine Gesundung der Reichsfinanzen. Die überflüssigen Beamten — so hat jetzt das Ministerium des Innern statt der früheren 50 höheren Beamten über 350 — sind allmählich zu entfernen. Die Staatsfinanzen seien zu entlasten durch Umstellung der Staatsbetriebe in privatwirtschaftlich geleitete Betriebe, wobei die wohl erworbenen Rechte der Beamten in keiner Weise berührt werden dürfen. Notwendig sei die verschärfte Heranziehung des Besitztums und steuerliche Erfassung der Vermögen überall dort, wo unserer Wirtschaft das Herzblut nicht entzogen wird. Die ganze Durchführung der Finanzorganisation sei unzuverlässig. Unsinnig sei die geplante Einführung einer Steuer auf Speisen und Getränke in Galvirtschaften. Mit der Idee der Erfassung der sog. Goldwerte wissen selbst ihre Verteiliger nichts anzufangen.

Ueber Landwirtschaft und Ernährung sprach der Reichstagsabg. Hepp: Die Wiederverstärkung der Landwirtschaft sei Vorbedingung für die Gesundung unserer gesamten Wirtschaft, denn sie ist die Kraftquelle für jegliche Arbeitsleistung. Nicht mit Ableserungs- und Zwangsverschreibungen, sondern mit Produktionssteigerung werden wir der Schwierigkeiten Herr.

Reichstagsabg. Senator Beythien-Hannover sprach die Lage des gewerblichen Mittelstands. Die Sozialisierungsbestrebungen werden nirgends mehr abgelehnt als im selbständigen Mittelstand. Mindestens 12 Millionen Menschen, also ein Fünftel der deutschen Bevölkerung fehlen ihr Leben aus mittelständlicher Arbeit. Die Segnungen der Revolution und die unverständliche Einschränkung der Arbeitszeit, die nur zur Puscharbeit führt, lehnt der Mittelstand ab.

Nach der Mittagspause verlas der Reichstagsabg. Dr. Kunze über Kulturprobleme der Gegenwart. Auf dem Gebiet des Denkens, Wollens und Fühlens finde man überall einige besondere deutschcharakteristische Kulturkräfte, Erfindungsgeist, Wille zur Arbeit, religiöses und soziales Gefühl. Aus den deutschen Wesenswerten erwachse als seelische Grundstimmung der sieghafte Optimismus, der seine Kraft aus der Ewigkeitswelt hole, den einer unserer Größten so formulierte: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt. Das weibliche Geschlecht muß vor allem für die Erziehung des Kindes herangebildet werden. Der soziale Gedanke ist da-

von abhängig, daß die Kinder aller Berufs- und sozialen Schichten gemeinsam unterrichtet werden. Für die Einheitschule darf nicht der Standpunkt einer Partei, sondern nur die Weltanschauung eines Volks maßgebend sein. Wir stehen auf dem Standpunkt des christlich-nationalen Erziehungsziels. Nur durch Arbeit des ganzen Volkes kann das soziale Problem der Gegenwart gelöst werden. Die sozialistische Arbeit würde die Kräfte unterbinden. Nur da, wo privatwirtschaftlich die Verantwortung getragen wird, kann die volle Kraft zur Entfaltung kommen, und in der Konkurrenz der Qualitätsarbeit liegt der Hauptantrieb für die Kraftentfaltung des Individuums.

Frau Abg. Dr. Wolf, Mitglied des Bayer. Landtags, wandte sich gegen die sozialistisch materielle Weltanschauung, verlangte die Pflege des Heimatgefühls, die Beibehaltung des Religionsunterrichts in allen öffentlichen Schulen, die Sicherung des Familienlebens, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau und die Befestigung der Not der geistigen Arbeit.

Nach einer längeren Aussprache schloß Abg. Bickes den Parteitag.

### Die Konferenz in Washington.

China verlangt die Beseitigung der Pachtverträge.

Washington, 4. Dez. (Havas.) Der Ausschuß für den ferneren Osten hat heute vormittag die Frage der chinesischen Pachtgebiete erörtert. Die Aussprache drehte sich um eine von der chinesischen Abordnung eingereichte Denkschrift, in der der chinesische Standpunkt fordernd dargestellt wird. Der Anstoß zu der Forderung von Pachtgebieten in China ist auf Deutschland zurückzuführen (Tsingtau). Sie gleicht einem Straßenraub. Dieser erste Schritt hat zu einem Kampf um Konzessionen und Interessenzonen und beinahe zur Zerstückelung Chinas sowie zu dem unglückseligen Bogerauchstand geführt. Da die Konzessionsgebiete strategische Punkte bilden, tragen sie tatsächlich zur militärischen Schwächung Chinas bei. Sie liefern Vorwände für militärische Unternehmungen auf chinesischem Gebiet unter Verletzung der Neutralitätsrechte. Infolgedessen wünscht China, daß von der Konferenz Maßnahmen getroffen werden, die Pachtverträge für ungültig zu erklären und so schnell als möglich aufzuheben.

Verzicht auf das englisch-japanische Bündnis.

Paris, 4. Dez. Dem „New York Herald“ wird aus Washington berichtet, er erfahre aus absolut sicherer Quelle, Kairo und Balfour würden in der nächsten Botschaft der Konferenz bekanntgeben, daß Großbritannien und Japan auf ihr Bündnis verzichten.

Keine amtliche Unterstützung Amerikas für Rußland.

Paris, 4. Dez. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Kabinett gestern einen ihm vorgelegten Plan betreffend das Hoover'sche Hilfswerk für Rußland beraten, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Der Plan sieht die Einberufung einer Konferenz vor, auf der die freiwillige Unterstützung des Hoover'schen Hilfswerks ausgearbeitet werden soll.

### Neues vom Tage.

Aufteilung Deutschösterreichs?

Wien, 4. Dez. Graf Czernin sprach in einer demokratischen Versammlung über die Zukunft Österreichs. Er teilte mit, daß er private Nachrichten aus Frankreich und England erhalten habe, wonach die Möglichkeit der Aufteilung Österreichs an die Tschechoslowakei, Südbavien und Italien unter Ausschluß des Deutschen Reichs erörtert werde, falls die Zustände in Österreich dem Chaos entgegengehen.

So unsinnig dieser Plan erscheint, unter der ruh-

reichen Welt Herrschaft der Entente muß man auch diese Ungeheuerlichkeit für möglich halten. Die Pländerungen in Wien werden allerdings dem „Chaos“ vorarbeiten.

### Die Teuerung.

Die Aufwärtsbewegung der Warenpreise kommt deutlich zum Ausdruck in nachfolgender Aufstellung des statistischen Amtes der Stadt Stuttgart (Preise in Pfennigen für 1 Pfund, 1 Liter oder 1 Stück):

Gegenstand	1920			1921	
	1914	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Zucker	25	255	255	400	450
Weizenmehl	21	165	500	420	600
Weizengries	22	—	450	325	500
Haferstroh	28	220	350	425	480
Freigaren	52	975	975	725	800
Reis (m. Qual.)	32	550	550	440	600
Gelbe Erbsen	25	350	350	400	500
Weiße Bohnen	22	400	350	325	450
Rindfleisch 2. D.	10	1200	1100	1100	1200
Schweinefleisch	80	1800	1800	1700	2000
Raubfleisch	90	1500	1500	1500	1500
Schw. inehmalz	70	1825	2250	2000	3200
Butter	143	1250	1250	2500	3000
Margarine	85	1500	1550	1700	2700
Speiseöl 1 Str.	130	3000	3000	2800	4200
Eier 1 Stück	9	230	250	245	230
Salzringe	8	175	110	100	150

### Landtag.

Stuttgart, 2. Dez.

(105. Sitzung.) Wider lag ein Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart auf Strafverfolgung des Abg. Schneid (Komm.) wegen Beleidigung des württ. Richterstands und ein solcher von privater Seite gegen den Abg. Göhring (Soz.) wegen Beleidigung vor, die beide dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen wurden.

2. Lesung des Gesetzes über Farben und Wappen von Württemberg. Abg. Konrad Haußmann (DdP.) berichtete namens des Staatsrechtlich-n. Ausschusses. Die Rechte stimmte durch Dr. Wolff (DdP.) den schwarzen Landesfarben zu, lehnte aber die Lösung der Wappenfrage und schließlich das ganze Gesetz ab. Lediglich das Zentrum stand durch Abg. Bod zu den Ausschuhsträngen des Gesetzes, die damals einmütig zustande kamen. Die Sozialdemokratie wünschte durch Abg. Heymann, daß die Fische, die den Wappenschild tragen, in Weiß gelassen, die Demokratie beantragte einen neuen Wappenschild: Drei schwarze Strichstrahlen auf Gold. Abg. Egelhaf (DdP.) lehnte die Verantwortung für das Gesetz ab und die äußerste Linke hatte nur Spott für die Vorlage. Die Haltung der Rechten führte zu lebhafter Auseinandersetzung, weil sie als Grund die finanziellen Kosten angab, und außerdem die Meinung vertrat, daß die heutige Staatsform nicht von langer Dauer sei. Demgegenüber wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz auf der Verfassung beruhe, in die seinerzeit durch Antrag Bazille diese Fassung hineingearbeitet worden sei. Bei der Abstimmung wurde nach vorausgegangen Unterstufung der Ausschuhstränge durch Staatsrat Hegelmayer und Staatspräsident Dieber Art. 1 des Gesetzes (Landesfarben) und der erste Teil des Art. 2 (Landeswappen) angenommen, dagegen von Art. 2 Satz 2 (die goldenen Fische) gestrichen. Die Regierungskoalition war auseinandergefallen, denn für den Ausschuhstrang stimmten nur Zentrum (ohne Frau Riff) und Demokratie. Die Ueberstufung war groß, weshalb die 3. Lesung später erfolgt.

Die 3. Lesung des Polizeiverordnungs-gesetzes brachte eine Sensation. Enthüllungen über kommunistische Spionagearbeit durch Abg. Steinmayer (Soz.) in Abwehr der kommunistischen Angriffe auf die Reichssozialisten. Aus geheimen Rundschreiben der kommunistischen Partei legte Steinmayer dar, daß die

K.P. im ganzen Land Württemberg einen Kurierdienst eingerichtet hat, der über alle Vorgänge politischer und militärischer Art die Zentrale unterrichtet und eine Organisation ihrer Parteigenossen ins Leben rufen will nach der Eignung für kommunistische Unruhen. Ein Zufall hat das ganze Material der Soz. Partei in die Hände gespielt. Die Korruption in der K.P. ist so groß, daß ihre eigenen Leute gegen Bezahlung die Gesetze der kommunistischen Zentrale an die politische Polizei in Stuttgart ausliefern. Der Soz. Redner konnte mit Namen und Tatsachen aufwarten. So hat der frühere Minister in München, der bekannte Dr. Franz Epp in Ulm, schon 200 Berichte der politischen Polizei geliefert. Durch diese Enthüllung über die Tätigkeit der politischen Polizei dürfte aber der württ. Regierung kein besonderer Dienst erwiesen sein. Das Polizeiverordnungs-gesetz wurde zum Schluß gegen 3 Unabhängige (die Kommunisten hatten den Saal verlassen) angenommen.

Die nächste Sitzung soll erst in der letzten Dezemberwoche stattfinden.

Anfrage wegen des Hausierhandels. Die Abgg. Weber, Hiller, Siller, Körner (DdP.) haben folgende Frage an den Landtag gerichtet: „Nach Mitteilungen aus dem Lande machen sich die Schädlinge durch das Ueberhandnehmen des unregelmäßigen Handels. Was ist dem Staatsministerium hi von bekannt und ist es geneigt, für die Ausgabe der Wandergerwerbsscheine die Anordnung scharfer Prüfung zu treffen?“

### Württemberg.

Stuttgart, 4. Dez. (Für die Mittelstandsnothilfe.) Der Stuttgarter Gemeinderat hat zu der von der Württ. Zentralkommission für Wohltätigkeit eingeleiteten Sammlung für den nothleidenden Mittelstand einen Beitrag von 320 000 M., d. h. 1 M. auf den Kopf der Einwohnerschaft, bewilligt mit der Maßgabe, daß der ganze Betrag für Stuttgart zur Verfügung zu stellen ist, falls andere Gemeinden des Landes ihre Beitragsleistungen an eine entsprechende Bedingung knüpfen sollten.

Stuttgart, 4. Dez. (Erhöhung der Bierpreise.) Wie die „Württ. Zeitung“ erfährt, soll am 10. Dezember der Preis für das 8 Prozentige und für das 12 Prozentige Bier bedeutend erhöht werden. Wie hoch der Preis der Biere ab Brauerei werden wird, steht bis heute noch nicht fest, es muß jedoch mit mindestens 250 M. für das 8 Prozentige und 360 M. für das 12 Prozentige Bier, je pro Hektoliter, gerechnet werden, bisher 200 bzw. 300 M.

Jubiläum. Am 6. Dezember werden es 25 Jahre, daß die St. Nikolayskirche besteht. Aus diesem Anlaß veranstaltet der Kirchenchor an diesem Tag: abends im großen Saal einen Gemeindefest. Außer den Darbietungen des Kirchenchors, der an diesem Tage auch auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken kann, werden vorzutragende Soloträfte (Clavier, Gesang) angehört.

Landwirtschaftliche Woche 1922. Die wichtigsten landw. Vereinigungen Württembergs haben bereits zugestimmt, anlässlich der landwirtschaftlichen Woche ebenfalls in Stuttgart zu tagen. In der Mitgli. der Verammlung des landwirtschaftlichen Hauptverbands werden hervorragende Vertreter der deutschen Landwirtschaft als Hauptredner auftreten. U. a. ist auch der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Dr. Eder von Braun, gewonnen worden, der über die gegenwärtige und künftige Wirtschaftspolitik sprechen wird.

Geheimbündelei. Das Württ. Landespolizeiamt hat in den letzten Tagen in Stuttgart und Tübingen bei 7 Personen, deren Namen in den Akten der Staatsanwaltschaft in Tübingen wegen Geheimbündelei der Organisation C (Ehrhardt) genannt sind und die deshalb der Teilnahme an diesem Geheimbund verdächtig waren, Durchsuchungen vorgenommen. Dieselben haben lediglich ergeben, daß einzelne der in Frage stehenden Personen früher in persönlichem Verkehr mit Mitgliedern der Organisation C standen. Daß sie selbst Mitglieder der Organisation C sind oder waren, war bei keinem fest-

### Die Wirtin „3. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höber.

(Nachdruck verboten.)

Unweit vor dem Dorfe formten stolle Hänge die Landstraße zu einem Hohlweg. In mehr als doppelter Manneshöhe ragten zu beiden Seiten mit herberheltem Nadelholz bestandene Steinwände, die in senkrechtem Sturze zur Straßensohle herabsielen. Die Straße selbst war eng, in ihrer Mitte war vom Fuhrwerk in den fußhoch liegenden Schnee eine breite Doppelrinne gefahren, die sich unabsehbar weiterzog.

Ohne Schwierigkeit fand der Knecht die Hundstulle wieder; sie war gerade inmitten der Schlucht gelegen. An der einen Seite der Fahrinne fanden sich zahlreiche Trittschnecken, die von nachfallendem und inzwischen wieder festgefrorenem Schnee angefüllt worden waren. Die Fahrinne selbst war hier zerwühlt. Zahlreiche Einschnitte zeigten sich, wie von Schlittenkufen herabgerührt; es sah so aus, als sei hier ein Schlitten vom vorgepressten Pferde gewaltig hin und her geschleudert worden. Nicht daneben, inmitten der hin- und herführenden Spuren im Schnee, wies dieser dunkle Flächen auf, die durch einen dünnen Eisbezug schimmerten.

Martini suchte und winkte den in seiner Begleitung befindlichen Kreisarzt heran. Er hatte sich zu einer der träben Lachen niedergebeugt und die Schneekruste davon wegzutragen versucht.

„Blut!“ sagte Dr. Fiedler kurz, der seinem fragenden Blick begegnet war. „Hier hat übrigens auch ein schwerer Körper gelegen.“ Er wies auf eine in den Schnee gedrückte Mulde, die ganz deutlich die Umrisse eines wie im Todeskampfe sich wälzenden Menschenkörpers aufwies.

Die Männer schauten sich ernst an, um die Sekunde darauf mit verdoppeltem Eifer ihre Nachfor-

schungen fortzusetzen. Mit den Händen suchten sie die rötlich gefärbte Schneeschicht fortzukrahen. Dabei stieß Martini plötzlich auf einen sich hart anführenden Gegenstand. Es war der Knopf eines Revolvers, wie sich alsbald erwies. Nur mit Anstrengung vermochte Martini die Waffe vollends aus der gefrorenen Schneeschicht zu graben.

In schweigender Erregung hatte die Lammwirtin sein Tun verfolgt; nun kam ein heiserer Laut über ihre Lippen und sie nahm dem Amtsrat die Waffe aus der Hand. „Das ist meines Mannes Revolver!“

„Vorsichtig, das Ding scheint geladen zu sein!“ bedeutete Martini. Er hatte sich erhoben und sich rasch der Waffe wieder versichert. „Ganz recht!“ fuhr er fort, „es stecken noch fünf Patronen in der Trommel. Ein Schuß ist daraus abgefeuert worden, wie mir scheinen will erst ganz kürzlich.“ Fragend blickte er die Frau an. „Sie irren sich nicht, es ist Ihres Mannes Revolver?“

„Ich werde doch keine Waffe kennen.“ entgegnete die Befragte zurecht. „Er trug sie immer, wenn er über Land mußte. Sehen Sie nur nach, am Knopf muß eine Silberplatte sein, und darin ist sein voller Name eingraviert.“

Ein Blick überzeugte den Amtsrat von der Richtigkeit ihrer Behauptung. „Das schließt allerdings jeden Zweifel aus. Ein unerwartet wichtiger Fund.“ äußerte er. „Aber welche Veranlassung mag Ihr Mann zum Schießen gehabt haben?“

Die Lammwirtin war vor Erregung dem Zusammenbruch nahe. „Er wird sich zur Wehr gesetzt haben.“ war alles, was sie hervorbringen konnte. „O mein Himmel, gewiß hat man ihn aufgelauert... hier lag er im Schnee“ — sie brach jääh ab.

„Es sieht ganz darnach aus.“ pflichtete Martini düster bei. „Aber wenn hier ein Körper lag, wo ist er geblieben?“

„Herr Amtsrat, hier am Rande der Straße, dicht vor der Feldwand, finden Sie einzelne Spuren im Schnee“, meldete eben einer der Gendarmen.

In angestrengter Hast suchten die Beamten Stäpfen um Stäpfen von der angefrorenen Schneehülle zu befreien, um irgend ein charakteristisches Sondermal des ursprünglichen Fußabdruckes freizulegen. Doch all ihr Bemühen erwies sich als unfruchtbar, der Schneefall war zu gewaltig gewesen, wohl hatte der unter der Wucht menschlicher Schritte zusammengeworfene Schnee Wasser gezogen, aber gerade dieses hatte sich mit den nachfolgenden Füssen zu einer festen Masse verschmolzen, welche die später einsehende Kälte unlösbar gemacht hatte.

„Dieser verwünschte Schnee!“ rief Martini; diese Schneeflocken verkennten dabei infolge der ungewohnten Anstrengung trotz der grimmigen Kälte von seiner Stirne. „Da hätte man vielleicht mit einem Schlägel den Schläffel zu der Lösung des Geheimnisses, die auf den Täter weisende Spur — und nun ist es damit Essig!“

Wieder folgten lange Minuten angestrengten Suchens. Immer klarer wurde es dem Beamten, daß quer über die Landstraße nach der einen Feldwand zu ein schwerer Körper versteinert worden war; nun nahm man auch zwischen den Füßen der versteinerten andergefährten Felsquadern Spuren wahr, welche von den Eindrücken eines derben Stiefels, der nur mit der Vordersohle einen festen Standpunkt gefunden, herabgerührt. Zweifellos hatte jemand an dieser Stelle an der steilen Felsabstufung entporzulletten unternommen.

Einer der Gendarmen machte das Kletterversuch erfolgreich nach. Als er oben angelangt war und sich verschauen wollte, rief er schon: „Herr Amtsrat, hier oben ist auch eine ganze Masse Spuren. Der Schnee liegt nicht so dicht, man kann sie ganz deutlich unterscheiden!“

(Fortsetzung folgt.)

zustellen; auch sonstige hinreichende Anhaltspunkte für eine strafbare Beteiligung an dem genannten oder an einem anderen Geheimbund liegen nicht vor.

**Preiserhöhung für Arzneimittel.** Vom 1. Dezember an sind die Apotheker berechtigt, auf Arzneimittel und Arzneien, die in abgabefertiger Packung aus dem Handel bezogen und nach der Arzneitaxe berechnet werden, einen Steuerzuschlag von 60 Pfg. für jede Packung zu erheben.

**Lohnbewegung im Baugewerbe.** Die Bauarbeiter stehen wieder in einer Lohnbewegung. Das Bezirkslohnamt hat bereits einen Schiedsspruch gefällt, der für all. über 20 Jahre alten Bauarbeiter, gelernte und ungelernte, ab 1. Dezember eine Lohnhöhung von 2.40 Mk. von 18-20 Jahren 2 Mk. für die Stunde vorsieht. Die Arbeiter stimmten zu, dagegen lehnte eine Generalversammlung des Arbeiterbundes den Schiedsspruch ab, ebenso die Unternehmervertreter.

**Verstärkungsbruch.** Bei einer polizeilichen Kontrolle der Kommunisten hier beschlagnahmte ein Polizeibeamter im Juni ds. Js. eine Anzahl Akten der Roten Hilfe. Während er sie durchsah, nahm der Kommunist Eugen Albed einen Bund der beschlagnahmten Akten weg und warf ihn, trotz der Aufforderung des Beamten zur Hurlidgabe, zum Fenster hinaus, wo ihn der Kommunist Karl G. öginger in Sicherheit brachte. Das hiesige Schöffengericht verurteilte Albed wegen Verstoßes gegen die Verhaftungsregeln zu 2 Wochen Gefängnis, G. öginger wegen Beihilfe zu 10 Tagen Gefängnis.

**Waldhäusern.** 4. Dez. (Um den Bezirk Welzheim.) Durch die Presse geht die Nachricht, der Bezirksrat Welzheim habe sich gegen die beantragte Ausweisung des Oberamtsbezirks Welzheim ausgesprochen. Das ist unrichtig. Der Bezirksrat hat bis jetzt nur den Antrag der hiesigen Gemeinde auf Fortsetzung vom Oberamtsbezirk abgelehnt, dagegen zur weiteren Frage der Ausweisung des Bezirks noch nicht endgültig Stellung genommen.

**Wibcrach.** 4. Dez. (Frau Erzbergers Wohnung.) Die Witwe des verstorbenen Reichsfinanzministers a. D. Erzberger will, nachdem ihr Mann seine letzte Willensäußerung auf dem hiesigen Friedhof geäußert hat, hierher überbestellen. Es wurde wenigstens als Bauplatz für eine event. neu zu erstellende Wohnung ein Garten erworben.

**Zaunheim.** O. A. Lentkirch, 5. Dez. (Epidemie.) Die Hälfte der Schul Kinder der Unterklasse ist an „Rosenpocken“ erkrankt. Auf Anordnung des Oberamtsphysikats ist der Unterricht in dieser Klasse auf 14 Tage vorerst eingestellt.

entstanden ist, der noch nicht völlig abgelöscht war. Der Koks umfaßte 10.300 Tonnen, von denen zur Bekämpfung des Feuers etwa 5000 Tonnen abgetragen wurden. Der Schaden wird auf 80-90.000 Mk. geschätzt. Ferner wurden die Eintrittspreise des National- und Neuen Theaters um 100 Proz. erhöht und für den ersten Neubau eines neuen Wasserwerks in Rheinau ein Kredit von 6.100.000 Mk. bewilligt. Auf dem Redarreis ist ein 6jähriger Knabe eingetroffen und ertrunken.

Das Wasser des Rheins ist weiter im Rückgang begriffen und es muß mit weiteren Betriebsstilllegungen gerechnet werden, zumal der Hafen in Bingen fest zugefroren ist.

**Wetzheim 6. Dez.** Im Jahr 1922 sollen auf dem Wetzheimer Rasen Bauernrennen stattfinden. Zu diesem Zweck wurde am letzten Sonntag ein Rennverein gegründet.

**Freiburg.** 4. Dez. In den letzten Tagen fand hier der Grundherrentag des Grundherrenverbands und die Mitgliederversammlung des Grundbesitzerverbands unter dem Präsidium von Graf Douglas statt. Es wurden Stände- und Wirtschaftsfragen behandelt.

**St. Peter 6. Freiburg.** 4. Dez. Auf einer Radtour ist der Viehhändler Model von Freiburg tödlich verunglückt. Er wurde mit zermetertem Kopf neben seinem Fahrrad aufgefunden. Wahrscheinlich ist er in der Dunkelheit gegen einen Stein oder Baum gefahren.

**Krozingen 6. Stausen.** 4. Dez. Beim Rangieren eines Zugs entgleiten drei Wagen und legten sich über beide Hauptgleise, die dadurch gesperrt wurden. Infolgedessen traten auf der Hauptstrecke Mülheim-Freiburg große Verkehrsstörungen ein. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Fodtau.** 4. Dez. Bei der Jagdversteigerung erhielt Fabrikant R. Ziegler den Zuschlag mit einem Höchstgebot von 25.000 Mk. für das Jahr. Der bisherige Jazdreis hatte 600 Mk. betragen.

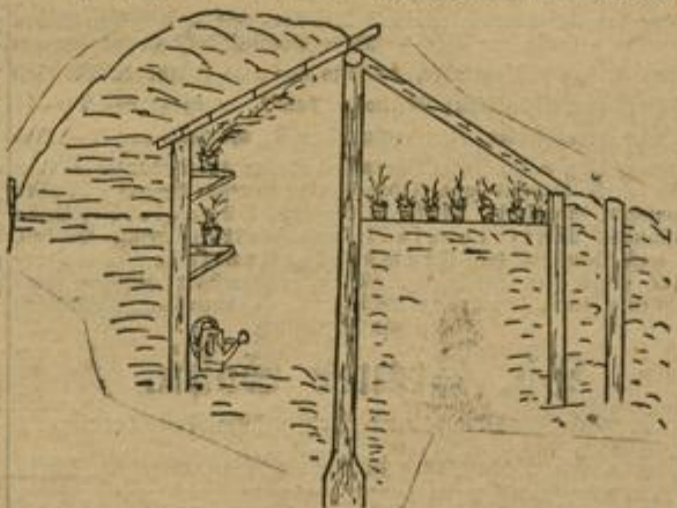
**Hohentengen 6. Waldshut.** 4. Dez. Das altbekannte Schloß Rot-Wasserstolz (Mittel) gegenüber dem Schweizer Städtchen Kaiserstuhl, ging durch Kauf in den Besitz der Gebrüder Vertschinger in Walsfelz (Schweiz) über.

**Konstanz.** 4. Dez. Gestern nachmittag wurde das elektrische Kraftwerk, das die Wasserkraft der Seeferlach ausbeuten soll, als Aktiengesellschaft gegründet, und zwar als Kraftwerk „Einzgau A. G.“ Die Aktien sind vorwiegend in den Händen der Konstanser Kreisverwaltung. Das Aktienkapital beträgt 1 Million.

**Diebesbande.** Der Frankfurter Polizei ist es gelungen, einer 10köpfigen Diebesbande auf die Spur zu kommen, die auf der Eisenbahnstrecke Aschaffenburg-Ostheim Güterzüge und Güterwagen, die an Personenzüge angeschlossen waren, systematisch beraubte. Der Diebesbande gehören vor allem junge Burschen, in der Mehrzahl Arbeitslose an; sechs von ihnen konnten verhaftet werden. — In erschreckendem Maß mehren sich die nächtlichen Einbruchsdiebstähle. So wurden in einer der letzten Nächte nicht weniger als fünf Einbrüche in Frankfurt verübt, bei denen Pelzwaren im Wert von über 120.000 Mk., Wäsche, Kleidungsstücke, Schmuckgegenstände usw. entwendet wurden.

### Wie erstelle ich ein Pflanzenanzuchthaus?

Als Grundlage für eine frühzeitige Gemüseerzeugung ist die Herbeischaffung geeigneter Setzpflanzen anzusehen. Vielfach werden die Frühgemüsepflanzen schon im Vorjahre, Ende September oder Anfang Oktober, ausgesät, verstopft und in sogenannten kalten Kasten überwintert. Gerade die Ueberwinterung macht äußerst viel Schwierigkeiten und erfordert höchste Aufmerksamkeit. Besonders darf nichts versäumt werden hinsichtlich des Auf- und Zudeckens und vor allem des Lüftens. Mäuse und anderes Ungeziefer räumen unter den überwinterten Herbstsaaten auf. Dazu kommt die unvermeidliche Wachstumsstodung, welcher solche überwinterten Pflanzen immer ausgesetzt sind. Der Erfolg ist dann auch immer unsicher. So brachten z. B. überwinterte Treibblumenlohspflanzen, Sorte Haagischer Zwerg kaum 50% gut entwickelter Blumen, während im Pflanzen-Anzuchthaus im Januar ausgesät und verstopft und Ende Februar in einem Wandertomatenhaus ausgepflanzter Blumenlohl 97% gut entwickelter Köpfe brachte. Der Treibgärtner, der Erfolge erzielen will, benutz also nicht mehr überwinterte Blumenlohl, Salat- oder Kohlrabispflanzen, sondern zieht sie im Pflanzen-Anzuchthaus selbst heran.



Wie man mit wenig Mitteln ein solches selbst herstellen kann, zeigt uns Rudolf Prinz in seinem im Verlage von Eugen Ulmer-Stuttgart erschienenen Buche: „Gewinnbringende Gemüsegärtnerei“.

An einer grundwasserfreien Stelle des Gartens schachtet man sich eine Grube von 1,50 Meter Tiefe, 2,50 Meter Breite aus. Die obere gute Muttererde bringt man auf das Kulturland, während man den minder-

wertigen Boden an der Nordseite des zu bauenden Pflanzen-Anzuchthaus aufwirft. Die Länge des Hauses richtet sich nach den zur Verfügung stehenden Mistbeeten. Das Haus muß von Osten nach Westen verlaufen; die Glasfläche ist also nach Süden gerichtet. Diese Vorprobe versteht man mit Schabung und stampft eine 13 Zentimeter starke Betonschicht an die Wände der Grube. Zur Herstellung dieser Betonschicht kann man, sofern billiger erhältlich, Kies, Hausmüll oder auch Steinfüllmasse, welcher man im Verhältnis 1:7 guten Zement beimengt, verwenden. Stützt die Beschaffung dieser Baumstoffe auf Schwierigkeiten, so muß man die Erde von Ziegelsteinen, 13 Zentimeter stark, durch Pfeiler, welche in Entfernung von je 1,50 Meter einzementiert werden müssen, verstärkt. Ein geschickter Gemüsegärtner kann diese Arbeiten selbst ausführen. An der Vorderseite wird die Mauer 25 Zentimeter und an der Hinterseite etwa 60 Zentimeter über die Erdoberfläche emporgeführt. Von Mauer zu Mauer werden nun in einer Entfernung, welche der Breite der Fenster entspricht, zusätzlich ein Zentimeter pro Fenster, die Stäbe oder Sparren einzementiert. Auf die Stäbe werden die Fenster gelegt, und der Teil des Daches, welcher von den Fenstern nicht bedeckt ist, wird mit einer Kappe versehen. Diese Kappe liegt noch etwa 5 Zentimeter über dem Rahmen des Mistbeetfensters, sodaß Zugluft und Regen zum Anzuchthaus keinen Zutritt haben.

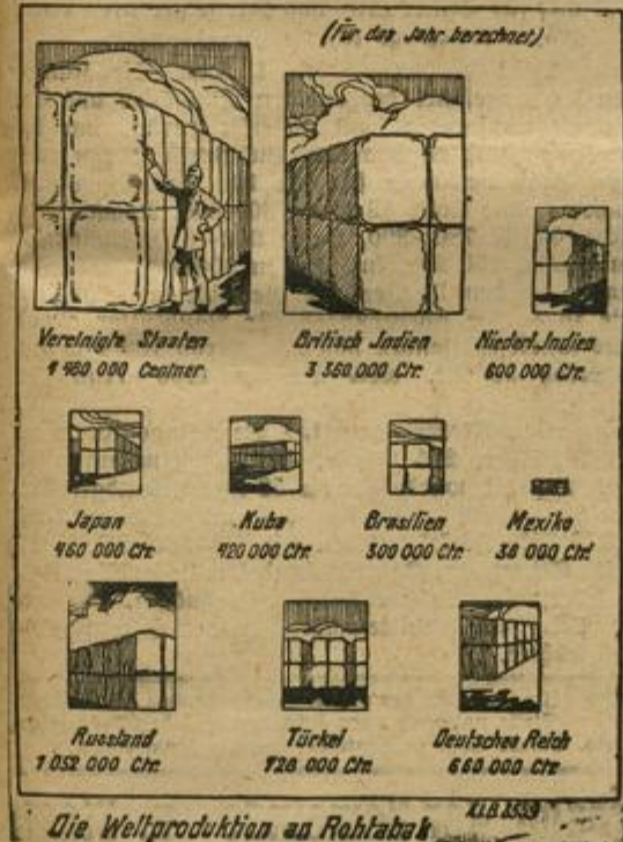
Dieses Anzuchthaus wird mit einer guten Kanalarbeitung versehen. Es zeugt von den traurigen Zuständen im deutschen Vaterlande, daß der Verfasser seinen Berufsgenossen eine Kanalarbeitung empfehlen muß. Aber wohl den meisten Gemüsegärtnern wird es in den nächsten 10 Jahren unmöglich sein, sich eine moderne Warmwasserheizung anzuschaffen.

Unter dem Ausfaat- oder Pflanzentisch wird, abschneidend mit der Giebelwand, der sogenannte Wolf gebaut. Darunter versteht man den Ofen, bestehend aus Feuerloch und Aschenfall, welche ihre Türen außerhalb des Hauses haben. Der Wolf wird von außen mit Feuerungsmaterial beschickt, ebenso wird die Asche von außen her aus dem Aschenfall entfernt, damit beim Anfeuern und Reinigen Rauch und Asche nicht ins Haus gelangen können. Der Wolf wird aus starken, womöglich feuerfesten Steinen und Backsteinen mit Zehm aufgemauert. Er verjüngt sich, bis er zuletzt in einen Kanal von 20:20 Zentimeter Lichter Weite einmündet. Beim Bau des Wolfes und des Kanals muß die größte Sorgfalt darauf gelegt werden, daß eine genügende, dauernde Steigung, am besten von 5 Zentimeter auf den laufenden Meter, innegehalten wird. Die ersten 5 Meter des Kanals, den man mit hartgebrannten Ziegelsteinen luftdicht abdecken muß, baut man am besten aus Backsteinen mit Zehm und Chamotte, während man den übrigen Teil des Kanals mit Bortell aus unglasierten Ton- oder Chamotteböden herstellt. Knie und Bogen im Verlauf des Kanals sind unbedingt zu vermeiden, da sich der Rauch darin stößt und eine gründliche Reinigung erschwert oder unmöglich gemacht wird. Zum Zwecke der Reinigung, die je nach dem verwendeten Feuerungsmaterial alle 8-14 Tage zu erfolgen hat, müssen in einer Entfernung von je 1 1/2 Meter Pustbüchsen im Kanal seitlich angebracht werden. Der Schornstein steht an der Giebelwand außerhalb des Hauses und ist ebenfalls mit einer Pustbüchse gegenüber der Einmündung des Kanals versehen, durch welche man mittels eines langen, steifen Drahtes die Pustbüchse oder einen starken Strohwisch in den Kanal einführt.

In diesem, mit einer guten Kanalarbeitung ausgerüsteten Pflanzen-Anzuchthaus beginnt nun Mitte Dezember die Anzucht von Salatpflanzen, Kohlrabi, Blumenlohl und Tomatenpflanzen. Zu diesem Zweck belegt man den Pflanzentisch mit grobem Kies oder mit Asche, um eine Drainage für die Sämlinge zu schaffen. Auf diese Unterlage bringt man nun etwa 12 Zentimeter hoch eine Schicht gute, humose, durchlässige, jedoch kräftige und gut abgelagerte Erde, welche stark mit Sand vermischt sein muß. In diese Erde sät man Kohlrabi, Blumenlohl, Tomaten in 1 Zentimeter tiefe Rillen, Salat aber breitwürfig. Das ganze Haus hält man in der Nacht auf + 6 Grad C, während die Wärme am Tage auf + 12 Grad C steigen darf. Erhöht sich die Wärme des Hauses unter der Einwirkung der Sonnenwärme, dann muß durch Herabziehen der Fenster gelüftet werden. Nach ungefähr 6-8 Tagen kommen die ersten Pflanzen hervor, und es muß dann bei warmem Sonnenschein mehr gelüftet werden. Des Abends sorgt man durch Heizen dafür, daß die Temperatur in der Nacht nicht unter 6 Grad C sinkt. Nach 14 Tagen können die Sämlinge gleich wieder auf dem Pflanzentisch oder in einem inzwischen angelegten Mistbeeten, der halbwarm sein muß, verstopft werden. Wir haben somit mit Hilfe des Pflanzen-Anzuchthaus Mitte bis Ende Januar fertige Pflanzen zum Befegen der Treibkästen und Treibhäuser herangezogen, während der Treibgärtner, der ohne ein solches Haus arbeitet, mit der Anzucht seiner Pflanzen um 4 Wochen im Rückstand ist oder sich für teureres Geld seine Treibpflanzen kaufen muß.

### Spieleplan des Württ. Landestheaters.

- Großes Haus. 5. Dez. E. 8: Jungfrau von Orleans (6 1/2-9 1/4 Uhr). — 6. E. 2: Lohengrin (6 bis 10). — 7. E. 1: Die verkaufte Braut (7-9 1/2). — 8. E. 4: Palestrina (5 1/2-9 1/4). — 9. E. 7: Corregidor (7-9 1/2). — 10. Händel und Gretel. Tänze (6-8 1/2). — 11. Händel und Gretel. Tänze (2 1/2-5). E. 5: Fidelio (7 1/2-10). — 12. E. 9: Jungfrau von Orleans (6 1/2-9 1/4).
- Kleines Haus. 6. Meibelle 1. Klasse (7 1/2-9 1/4). — 7. E. 3: B. h dem, der lügt! (7-9 1/4). — 8. Das Konzert (7 1/2-10). — 10. Und Pippa tanzt (7-10). — 11. Morgenfeier: Brannfels (11 1/4-12 1/4). Meibelle 1. Klasse (7 1/2-9 1/4).



### Baden.

**Karlsruhe.** 4. Dez. Wie bekannt geworden ist, soll im neuen Reichshaushaltsplan eine Rate für den zweigleisigen Umbau der württembergischen Eisenbahnstrecke Jagstfeld-Oberburken vorgesehen sein, der der Erleichterung des württ. Nord-Südverkehrs dienen soll. Ferner soll die Absicht bestehen, eine weitere Begünstigung des württ. Durchgangsverkehrs durch Befreiung der Epiklehre Mähringen-Hattlingen (bei Immendingen) herbeizuführen zu dem Zweck, die Strecke Berlin-Stuttgart-Büch um 6 bis 7 Kilometer zu kürzen und einen Minderaufwand an Zeit von etwa 10 bis 15 Minuten zu erreichen. Diese Vorgänge erregen in den Kreisen der badischen Bevölkerung einiges Aufsehen, da aus den erwähnten Maßnahmen eine nachteilige Beeinflussung des Durchgangsverkehrs Nord-Süd über die badische Hauptlinie zu befürchten ist. Es tritt auch hier wiederum das Bestreben Württembergs in den Vordergrund, den wichtigen Durchgangsverkehr, der jetzt über Baden in die Schweiz und nach Italien geht, über Stuttgart zu leiten.

**Heidelberg.** 4. Dez. Der Minister des Innern besuchte am Freitag Heidelberg und versammelte die blaue und grüne Polizei im Bezirksratsaal, wo er an die versammelte Mannschaft eine Ansprache hielt. Es folgte eine vertrauliche Besprechung mit den Vorständen des Polizeiwesens, dem Kommissar und den Dienstverwandten und Vertrauensleuten.

**Mannheim.** 4. Dez. Im Bürgerausschuß richtete die sozialdemokratische Fraktion eine Anfrage wegen des Schadenfeuers, das seit 14 Tagen das Koks- und Gaswerk des Vichtenberg erstickt hat und das vergeblich bekämpft wird. Die Antwort lautet, daß der Brand durch Einfuhr von Koks

## Vermischtes.

**Ein falscher Erzbergermörder.** Der Dresdener Polizei hatte sich vor einigen Tagen ein Mann gestellt mit der Angabe, er heiße Lillessen und sei der Mörder Erzbergers. Die Angabe erwies sich als unwahr, dagegen hat sich herausgestellt, daß er Berendbrock heißt und ein von der Staatsanwaltschaft in Ulm a. D. gefuchter Verbrecher ist.

**Wahrung zur Vorsicht.** Der Landwirt Glas in Wittesheim B. N. Donauwörth wärmte eine Kanne Benzol am Stubenofen. Es fing Feuer und die Wohnstube war im Nu ein Flammenmeer. 2 Kinder sind an den Brandwunden gestorben, andere Familienmitglieder sind schwer verletzt.

**Verbot des deutschen Schülertags.** Das Preussische Kultusministerium hat in einem Rundschreiben an sämtliche Schulleiter die Einderung von Vertretern der Schülerorganisationen nach Hannover zwecks Teilnahme an dem Ersten allgemeinen deutschen Schülertag verboten. Wie die L. N. zuverlässig erfährt, wird die hannoversche Schülerschaft die Tagung, zu der bereits über 1000 auswärtige Anmeldungen aus allen Teilen des Reichs vorliegen und deren hauptsächlichster Zweck ein Freigeiseln der Jugend zum Vaterland, zur Sittlichkeit und Einfachheit und Dankbarkeit gegen die im Weltkrieg gefallenen Mitschüler und Lehrer sein soll, ohne Aenderung des Programms durchzuführen.

**Gruben.** In den Eisenbahnhauptwerkstätten in Lauban (Schlesien) sind neun große Werkstätten, in denen 1800 Arbeiter beschäftigt waren, abgebrannt.

**Millionenschwindel.** Einer umfangreichen Aktienfälschung ist die Münchener Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Die Hauptbeteiligten, die sich bereits in Haft befinden, sind ein Bankierssohn und ein Versicherungsagent, beide aus München. Sie beriefen im Dezember 1919 in Berlin eine Sitzung zusammen, in der sie fabelhafte Angaben über Erdölfelder in Rumänien und deren Ausbeutung machten. Im April 1920 ließen sie dann in München für 15 Millionen rumänische Franken (Rei) Aktien herstellen und brachten sie in Umlauf. Sie führten die Bezeichnung Teja, Erdöl U. G. Fürich-Bukarest. Bei der Festnahme des Versicherungsagenten wurde ferner amerikanische Kriegsanleihe im Wert von 4000 Dollar vorgefunden, die dieser von einem Berliner Ingenieur zum Zweck der Hinterziehung der Stempelgebühren erhalten hatte. Der Versuch, die Papiere einzulösen, konnte vereitelt werden. Der Berliner Ingenieur hatte darauf eine größere Anzahl Schecks in bedeutender Höhe ausgestellt, ferner Anteilsscheine einer angeblichen Amsterdamer Gesellschaft, die einen Nennwert von 900 000 holländischen Gulden darstellten. Die Wertpapiere wurden beschlagnahmt und dem Finanzamt überwiesen. Der Ingenieur wurde nach Hinterlegung einer Kaution vorläufig aus der Haft entlassen.

**Tat eines Rasenden.** Ein Kaufmann namens Vogt in Düsseldorf lebte seit einiger Zeit von seiner Frau getrennt und hatte ein 17jähriges Mädchen in sein Haus aufgenommen. Als nun vorgestern die Frau zurückkehrte und ihm Vorwürfe machte, geriet er in solche Raserei, daß er seine drei Kinder, ein Mädchen von 13 Jahren und zwei Söhne von 10 und 15 Jahren niederschoss und aus dem zweiten Stock zum Fenster hinauswarf und selbst nachsprang. Schwerverletzt wurde er in die Irrenanstalt verbracht. Die beiden jüngeren Kinder sind tot, der ältere Sohn wurde schwer verletzt.

**Der moderne Schuh und der schöne Fuß.** Im Reich des Schuhs probiert man eine Umwälzung und behauptet, daß mit dem Längerwerden der Röde niedrige Absätze und breite Formen wiederkehren werden. Damit zugleich werde auch der dicke Anschlag zurückkehren, der infolge der allgemeinen Annahme des hohen Absatzes verloren gegangen sei. Schuhmode und Fußschönheit sind nicht voneinander zu trennen. Man braucht nur die Füße jener altorientalischen Göttinnen und Nymphen zu betrachten, die uns auf den alten Bildwerken

entgegentreten, um mit Behmut festzustellen, wie sehr das moderne Schuhwerk die Form des Frauenfußes entstellt und wie eine unnatürliche Art der Fußbekleidung die freie und gute Entfaltung des Fußes begünstigt. Der kurze Stöckelschuh des Rokoko mit seinen riefigen Absätzen hat den Frauen des 18. Jahrhunderts nicht weniger geschadet, als der lange, schmale, spitze zulaufende Schuh, den die neueste amerikanische Mode in die Fußbekleidung brachte. Noch heute kann man bei arabischen Frauen, die breite Schuhe mit mittelhohen Absätzen tragen, erkennen, wie sehr eine normale Gestalt des Schuhs zur Schönheit des Fußes beiträgt, während jede übertriebene Form zu häßlichen Verunstaltungen führt. Den idealsten Fuß findet man heute wohl noch am ehesten in Japan, wo die Mode den Damen völlige Freiheit in der Fußbekleidung läßt, soweit die Schönen aus dem Lande des Mikado sich nicht vollständig der europäischen Mode verschrieben haben. Der sandalenähnliche Schuh, der zur Nationaltracht der Japanerin gehört, gestattet dem Fuß die ungehinderteste Bewegung und ermöglicht dadurch Füße von einer Ebenmäßigkeit und Feinheit der Durchbildung, wie wir sie bei uns schmerzhaft vermissen. Wenn bei uns die Damen darauf verzichten würden, ihre Füße kleiner erscheinen zu lassen, indem sie sie in enge Schuhe pressen, dann wäre schon viel gewonnen. Jedenfalls sollte die Dame bei der Auswahl ihrer Schuhe die Form ihres Fußes sehr sorgfältig in Erwägung ziehen und nicht ihre Gliedmaßen in irgendeiner von der Mode vorgeschriebene Normalform einpressen.

**Marktpreis für freies Getreide.** Zur Berechnung des Unterschiedes zwischen dem Umgepreis und dem Marktpreis für freies Getreide, der bei Befreiung von der Verpflichtung zur Lieferung von Originalsaatgut oder anerkanntem Saatgut zugrunde zu legen ist, hat die Reichsgetreidebehörde den Marktpreis für freies Getreide pro Doppelzentner wie folgt festgesetzt: Weizen 786, Roggen 600, Gerste 772, Hafer 595 Mark.

## Lokales.

**Der Ankauf von Gold für das Reich** durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 5. bis 11. Dezember zum Preis von 720 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 360 Mark für ein Zehnmarkstück. In den beiden Vorwochen war der Preis 850 bzw. 425 Mark.

**Gegenseitige Anerkennung der Reisezeugnisse.** Zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung ist ein Übereinkommen getroffen worden, wonach Reisezeugnisse der österreichischen Mittelbahnen und der deutschen höheren Lehranstalten gegenseitig anerkannt werden.

**Die Steuerbücher,** die als Grundlage für den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 1. Januar 1922 ab dienen, können die Gemeinden auch als einfachen Brief durch die Post versenden. Für die Arbeit und Kosten erhalten die Gemeinden eine Entschädigung von 1 Mk. für jedes ausgestellte, ausgehändigte oder überhandte Steuerbuch.

**Steuerabzug bei den Hausbediensteten.** Ueber den Steuerabzug bei den Hausbediensteten besteht noch vielfach Unklarheit. Die heutige Rechtslage ist kurz folgende: Steuerpflichtig und daher auch dem Steuerabzug unterworfen sind außer dem Vorkasse auch die Naturalbezüge wie freie Kost, Wohnung, Heizung, Beleuchtung. Der Wert dieser Bezüge ist vom Land s inanzamt Stuttgart mit Wirkung vom 1. November 1921 folgendermaßen festgestellt worden: Wert der freien Station (Kost und Wohnung) täglich 9 Mk., monatlich 250 Mk., Wert der täglichen Verpflegung (freie Kost) täglich 7 Mk., monatlich 200 Mk., Wert freier Wohnung, Heizung, Beleuchtung täglich 2 Mk., monatlich 50 Mk. Der Steuerabzug ist vom vollen Lohn samt etwaigen Nebenbezügen einschließlich des Werts der Naturalbezüge zu machen, also ohne Abzug von Versicherungsbeiträgen oder sonstigen Aufwendungen. Wenn der Arbeitgeber die Steuer selbst ent-

richtet, so ist auch der bezahlte Steuerbetrag ein Teil der steuerpflichtigen Bezüge des Bediensteten. Inzurechnen ist in diesem Fall den Bezügen ein Nennwert ihres Betrags. Zum Ausgleich etwaiger Verbruchslosten, d. h. der auszuwendenden Unkosten für Versicherungsbeiträge, Arbeitskleider und dergl. dürfen an dem 10prozentigen Steuerbetrag Abzüge gemacht werden, und zwar 60 Pfg. täglich, 3.60 Mk. wöchentlich, 15 Mk. monatlich. Ferner bleiben für den Steuerpflichtigen gewisse Beträge, das sogenannte Existenzminimum, frei, nämlich 40 Pfg. täglich, 2.40 Mk. wöchentlich, 10 Mk. monatlich. Abzurufen ist die Steuer am Schluß auf 10 Pfg. Die Steuerbeträge werden in Gestalt von Steuermarken, die bei jeder Postanstalt zu haben sind, in die Steuerkarte (Steuerbuch) des Arbeitnehmers eingelebt und durch Datum-Aufschrift entwertet. Jedes Vierteljahr wird in der Steuerkarte ein neues Blatt angehängt.

**Aufruf zur Volksabstimmung in Westungarn.** Jene Personen, die in den Gemeinden Oedenburg mit Brennbach, Agendorf, Groß-Zintendorf, Hartau, Helling, Kolthof, Kreisbach, Wamdorf und Wolfz geboren oder zuständig sind oder dort bis 1919 ständig wohnhaft waren, werden eruchtet, sich als Abstimmungsberechtigter beim österreichischen Konsulat Stuttgart, Hegelstraße 5, möglichst unter Vorlage von Dokumenten unverzüglich zu melden.

## Handel und Verkehr.

**Die Blütezeit der Papierfabriken.** Die Verwaltung der Ammendorfer Papierfabrik in Ammendorf bei Halle a. S. beantragt die Verdoppelung des Aktienkapitals um 8 Millionen Mk. Sammalien. Di: Gese lcha t. U. in den letzten beiden Jahren je 60 Prozent Dividende verteilt, hat ihr Aktienkapital erst Anfang dieses Jahres um 4,1 Millionen Mk. Stammaktien und 500 000 Mk. Vorzugsaktien erhöht und damals die Aktien ebenfalls sehr vorteilhaft zu 160 Prozent angeboten. Das Aktienkapital steigt nunmehr auf 17 Millionen Mk.

**Die neuen Zementpreise.** Die Zementpreise wurden, wie bereits kurz berichtet, einheitlich um 2000 Mk. pro Tonne erhöht. Sie lauten: Für das norddeutsche Gebiet 6040, für Rheinland-Westfalen 5800, für Süddeutschland 6123 Mk. Bei Lieferungen für Staatsverwaltungen ermäßigen sich diese Preise um 70 Mk.

Stuttgart, 4. Dez. Das württ. Arbeitsministerium hat einer Erhöhung der Ziegelpreise um durchschnittlich 40 Prozent zugestimmt.

**Fruchtmarkt Winnenden, 1. Dez.** Die Zufuhr betrug 61 Ztr. Weizen, 66 Ztr. Hafer und 9 Ztr. Dinkel. Bezahlt wurde für Weizen 390-400, für Hafer 200 bis 275 und für Dinkel 275-300 Mk. je der Ztr. Handel bei großer Nachfrage sehr lebhaft.

**Mannheimer Produktens., 1. Dez.** Die Käufer hielten sich angesichts der rapiden Rückgänge am Devisenmarkt vollständig vom Geschäft zurück, um die Weiterentwicklung abzuwarten. Die Preise waren rückgängig. Man verlangte für die 100 Kg. Waggounfrei Mannheim ohne Sack: Weizen 780-800, Roggen 610 bis 620, Gerste 780-800, Hafer 600-610, Mais La-Plata nomin. 750 Mk., inkl. Erbsen 800-900 Mk. Im Gegensatz zu den Preisen für Getreide und Hülsenfrüchte zogen die Forderungen für Rohfutter etwas an. Es kostete Wiesenheu 300 Mk., Stroh 100 Mk. und geb. Stroh 90 Mk. Reis war zu 1100-1700 Mk. erhältlich.

**Mannheimer Kleinviehmarkt, 1. Dez.** Zufgeführt wurden 184 Kälber, 214 Schafe, 496 Schweine und 622 Ferkel. Bezahlt wurde für je 50 Kg. Lebendgewicht: Kälber 800-1050, Schafe 400-500 und Schweine 1450 bis 2000 Mk. Ferkel wurden mit 60-80 Mk. d. St. gekauft. Stimmung: Schweinehandel mittelmäßig, kleiner Ueberstand; Kälberhandel mittelmäßig, ausverkauft; Schafhandel mittelmäßig, ausverkauft; Ferkelhandel lebhaft.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Inzerat des Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

## Kleinkinderschule.

Wie alljährlich ist auch diesmal für die Kleinkinderschule eine Weihnachtsfeier

(am 21. Dezember) mit Bescherung in Aussicht genommen. Für letztere werden von den Freunden unserer Kleinen Gaben erbeten. Diese werden mit Dank entgegengenommen von Frau Stadtschultheiß Wähner, von Frau Apotheker Stephan sowie im Stadtsparghaus.

Es wird bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß in Anbetracht der Teuerung das Schulgeld für die Kleinkinderschule erhöht werden muß. Es war bisher außerordentlich niedrig und entsprach nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Der Vorstand hat beschlossen, daß es vom 1. Januar ab 3 Mark pro Monat beträgt.

J. A.: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

## Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten die uns während der Krankheit und nach dem Heimgang unserer lieben Mutter teilnehmende Liebe erwiesen haben sprechen wir unsern

herzlichsten Dank

aus.

Ernst und Johanna Bindtner.

Wildbad-Calw, Dezember 1921.

## Bruchleidende

bedürfen kein so schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares, konturrenzlos dastehendes, ärztlich empfohlenes

gef. **Universal-Bruchband**

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. — Mein Spezialist ist zu sprechen am **Mittwoch, den 7. Dezember, mittags von 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—6 Uhr** in Wildbad Gasthaus zur Eisenbahn; **Mittwoch, den 7., morgens von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—11** in Calw Hotel Adler, **Donnerstag, den 8., morgens von 8—1 Uhr** in Neuenbürg a. G., Hotel Bären mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Feder-Bänder neuesten Systems, in allen Breitenlagen, anwesend. **Rüster in Gummi, Hängeleib, Leib-, Umstands-, Muttervorfall- und Mastdarmvorfall-Banden, wie auch Geradhalter, Krampfadernstränge und Suspensorien** stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer versicherer auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. •• Anerkennungs-schreiben stehen zur Verfügung.

Ph. Steuer Sohn,

Spezial-Bandagen- und Orthopädie-Fabrikation,

Telephon 515 :: Konstanz in Baden, Bessenbergstr. 15/17

## Verloren

ging gestern ein seidener Beutel von der Villa Christine bis zum Friedhof.

Abzugeben gegen Belohnung in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

## Hoher Verdienst.

Erwerb u. Nebenerwerb für jedermann. Ausf. m. Prob. u. Anleitung 3 Mk. Richard Rau, Heilbronn a. N. Moltkestr. 86.

Geld verleiht!!!

Schneeweiß Seebad Altbied.

## Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.

Heute Montagabend 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

## Versammlung

im Gasthaus zur „Eintracht“.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

## Tüchtiges Mädchen

welches kochen und den übrigen Hausarbeiten vorstehen kann, nach Heilbronn gesucht. Gute Stelle.

Vorzustellen

Villa Neumann.

## Fußb.-Verein Wildbad

vereinigter Fußball- und Sportverein.

Heute abend

8.15 Uhr

## Training

für Athletik-Abteilung. Zahlreiche Beteiligung notwendig.

Der Hallwart.

## Eintige Vogelkäfige

zu kaufen gesucht. Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

## Grabeinfassungen, Grabsteine,

aus Natur- und Kunststeinen Einlagen mit Verzierung von Glas, Marmor- u. Reliefplatten. Umarbeiten alter Einfassungen und Grabsteine, sowie Lieferung von Wassersteingarnituren samt Plattenbelag, aus Natur- und Kunststeinen liefert zu billigsten Preisen

Gustav Schmid

Maurer- u. Steinhauer

